

Presseinformation

Nr. 198/2006

Kiel, Mittwoch, 28. Juni 2006

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Berufliche Bildung und Ausbildungsplatzangebot

Ekkehard Klug: „Landesregierung versagt bei Bekämpfung der Bildungs- und Ausbildungskrise“

In der Landtagsdebatte zu **TOP 22** - Angebot für Schulabgänger - erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die Zahl der Schulabgänger steigt. Die Zahl der jährlich neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stagniert dagegen – bei geringfügigem Auf und Ab von Jahr zu Jahr.

Dies ist seit mehreren Jahren auch die Situation in Schleswig-Holstein – auch wenn unser Land in Sachen Ausbildungsplatzangebot besser dasteht als viele andere Bundesländer. Damit aber öffnet sich eine Schere: Der Anteil jener, die keine Berufsausbildung erhalten oder die in diversen vollzeitschulischen Angeboten landen, wächst. Manche dieser Angebote erleichtern den späteren Einstieg in eine Berufsausbildung. Andere sind dagegen ‚Warteschleifen‘ ohne echte Perspektive. Nach Angaben der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit hat mehr als Hälfte der zurzeit knapp 18.000 arbeitslosen Jugendlichen keine Ausbildung absolviert. Diese Entwicklung berührt nicht nur bildungspolitische Fragen. Mit ihr verbinden sich auch gesellschafts- und wirtschaftspolitische Probleme erheblicher Tragweite.

Angesichts dieser Lage ist das, was die Landesregierung an Problemlösungen bietet, alles in allem ungenügend. Es ist kein schlüssiges Konzept erkennbar, wie das Land die Bildungs- und Ausbildungskrise überwinden könnte.

Gleichzeitig häufen sich die Anzeichen dafür, dass die Landesregierung an wesentlichen Punkten das Nötige unterlässt oder einfach hoffnungslos hinter den Entwicklungen hinterherhinkt.

Beispiel 1:

Die Landesregierung unternimmt nichts, oder jedenfalls nichts Spürbares, um die Ausbildungsreife der Schulabgänger zu erhöhen und

damit auch den fatalen Trend, immer neue ‚Warteschleifen‘ zu organisieren, zu verringern.

Beispiel 2:

Schule und betriebliche Praxis sind nicht ausreichend miteinander verzahnt. Unser Nachbarland Hamburg meldete vor wenigen Wochen, die Zahl der Hauptschüler, die in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt werden konnten, sei dort durch wöchentliche Praxiserntage um bis zu 50% gesteigert worden. Solche Meldungen hört man aus Schleswig-Holstein leider nicht.

Beispiel 3:

Als eine unheimliche Begegnung der besonderen Art erwies sich ein gestern von mir durchgeföhrter Test mit dem „*Sonderportal Schule @Wirtschaft auf dem Landesbildungsserver Schleswig-Holstein*“.

Für die erste Irritation sorgte dabei schon der auf der Startseite platzierte Hinweis auf eine Rede, die Ministerpräsidentin Heide Simonis im Jahre 1999 gehalten hat.

Neuer Anlauf, neue Chance? Nach Aufruf der Seite „Berufswahl“ erschien der besonders hervorgehobene Hinweis: „Jetzt neu: Lehrerhandreichung bestellen!“. Versucht man es mit diesem Link, zeigt der Monitor jedoch eine Pressemitteilung mit der Überschrift: „Lehrerhandreichung AusbildungPlus zum Thema „Berufswahl“ erscheint im September 2002“.

Dabei handelt es sich, wohlgemerkt, nicht um eine zeitgeschichtliche Präsentation des Themas aus dem schleswig-holsteinischen Landesarchiv, sondern um ein Internetportal, das sich als aktuelles Informationsangebot der Landesregierung ausgibt.

Die Landesregierung eröffnet mit Vorliebe neue Baustellen. Von der famosen ‚Gemeinschaftsschule‘ bis zu den ‚Regionalen Berufsbildungszentren‘ hebt sie an allen Ecken und Enden neue Baugruben aus. Davor stehen Hinweistafeln mit dem Versprechen, man könne dort eines fernen Tages wahre Paläste der Volksbildung vorfinden. **Das jedoch, was heute getan werden müsste, bleibt unbeantwortet und ungetan, ob nun aus mangelnder Arbeitskapazität oder weil man ohnehin nicht weiter weiß.**

In dieses Bild fügt sich die traurige Tatsache, dass die Berufliche Bildung hierzulande in der Bildungspolitik nicht einmal die zweite Geige spielt. Die Leitung der zuständigen Abteilung im Bildungsministerium ist bereits seit langem nicht mehr „vom Fach“, d.h. nicht durch einen Berufsbildner besetzt. Und wie es aussieht, wird das wohl auch nach der bevorstehenden Neubesetzung so bleiben.

In dieses Bild fügt sich der Umstand, dass Schleswig-Holstein beim Lehrernachwuchs in der beruflichen Bildung weit hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt - im gewerblich-technischen Bereich mit nur einer handvoll Absolventen pro Jahr aus Flensburg.

In dieses Bild fügt sich im Übrigen auch die Beschwerde, die kürzlich mehreren Mitgliedern des Landtages von Verwaltungs-Auszubildenden aus Altenholz vorgetragen worden ist: eine Klage über hoffnungslos veraltete Ausbildungsinhalte, nämlich nur Kameralistik, keine kaufmännische Buchführung, und über die fehlende Anerkennung der Abschlüsse außerhalb Schleswig-Holsteins. Damit werden wir uns noch gesondert befassen.

Ab Anfang August 2006 gibt es in Deutschland 22 neue oder neu geordnete Ausbildungsberufe. Kann die Landesregierung darlegen, in welchen dieser neuen oder neu geordneten Berufe in Schleswig-Holstein Ausbildungsbangebote und damit natürlich auch die dem entsprechenden Berufsschulangebote bestehen werden, und wenn ja: in welchem Umfang?

Gerade im Hinblick auf die vorhin erwähnten Handreichungen zur Berufswahl aus dem Jahre 2002, die heute noch von der Landesregierung angepriesen werden, ist nämlich auf den rasanten Wandel in den Berufen hinzuwiesen, zum einen durch neue Ausbildungsinhalte in „alten“ Berufen, zum anderen durch Entwicklung neuer Ausbildungsberufe. Dabei gibt es sehr deutlich einen Trend hin zu größerer Spezialisierung. Ein Beispiel ist der ab August dieses Jahres zur Einführung anstehende Beruf des Kaufmanns bzw. der Kauffrau für Dialogmarketing und der „Servicefachkraft für Dialogmarketing“. Dieses Beispiel verdeutlicht im Übrigen auch einen zweiten Trend: die in einer wachsenden Zahl von Fällen bestehende Zweigleisigkeit zwischen einer höherwertigen dreijährigen und einer einfacheren zweijährigen Berufsausbildung.

Nur dann, wenn Schleswig-Holstein innovative Entwicklungen im dualen System rasch aufgreift und entsprechende Angebote einführt, werden wir den in unserem Land möglichen Beitrag zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zustande bringen können.

Darüber hinaus ist die Landesregierung aufgerufen, eine Antwort auf die Frage zu geben, was aus den vielen Tausenden junger Schleswig-Holsteiner werden soll, die in der Arbeitslosenstatistik als ALG II-Empfänger ohne Ausbildung geführt werden. Würde man es ernst meinen mit der Devise „Fördern und Fordern“, dann müsste ein für diese Gruppe maßgeschneidertes Bildungskonzept geschaffen werden, das von der Sicherstellung der Ausbildungsreife über adäquate berufliche Bildungsangebote reichen müsste. Bei dem am vorletzten Montag hier in diesem Plenarsaal geführten Kieler-Woche-Gespräch hat unser Kollege aus Dänemark, der Folketing-Abgeordnete Ole Stavad, über die breite Palette der Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote berichtet, die unser nördliches Nachbarland im Rahmen einer ‚aktivierenden‘, d.h. auch fordernden Arbeitsmarktpolitik eingeführt hat. In diesem Sinne müssten auch in Schleswig-Holstein Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik stärker miteinander verzahnt werden, und zwar insbesondere mit Blick auf die genannte Problemgruppe.“